

Archiviert: Samstag, 21. Mai 2016 10:53:47

Von: SPD-Ortsverein Eickel

Gesendet: Samstag, 21. Mai 2016 10:37:29

An: Elisabeth.Majchrzak-Frensel@spd-eickel.de

Betreff: NEWSLETTER SPD-Ortsverein Eickel vom 2016-05-21

Wichtigkeit: Normal

Anhang:

2016-07-15 Reibekuchenessen .pdf  Einladung ASF_24.05.2016.pdf  Unter der Kuppel 2016-05-03.pdf  Unter der Kuppel 2016-05-20.pdf  160518_RadMarkt_5-2016_vivavelo_mit US und BS.pdf 

Original-E-Mail: NEWSLETTER SPD-Ortsverein Eickel vom 2016-05-21.msg 



NEWSLETTER SPD-Ortsverein Eickel vom 2016-05-21

[Homepage](#) # [Termine](#) # [Kontakt](#)

Liebe Elisabeth,

ich möchte dich herzlich zu unserem Reibekuchenessen einladen.
Weitere Informationen sind in der angehängten PDF-Datei.

Fahrradfreundliche Stadt Herne

Mein Radrevier - Radeln in Herne - Artikel in der WAZ

[LINK](#)

Bürgerworkshops für eine klimafreundliche Mobilität

[LINK](#)

Bericht von der Viva Velo 2016 von Ulrich Syberg siehe PDF.

Stadtbezirk Eickel

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen - ASF # [LINK](#)

Veranstaltungseinladung siehe PDF.

Termine und Informationen

UB Herne Parteibüro / Fraktionen

Famileintag 22.05.2016 - Kuchenspende nicht vergessen;

Umwelttag 29.05.2016;

Weitere Informationen auf unserer Homepage.

Michelle Münterering, MdB

Unter der Kuppel - Zwei Newsletter als PDF.

Mit freundlichen Grüßen
Elisabeth Majchrzak-Frensel
(Ortsvereinsvorsitzende)

SPD-Ortsverein Eickel
Vorsitzende Elisabeth Majchrzak-Frensel
Veilchenweg 36
D-44651 Herne
FON: +49 (2325) 45448
FAX +49 (3212) 1019922
MOBIL: +49 (173) 5249144

Bankverbindung:
IBAN: DE15 4325 0030 0013 0035 87
BIC: WELADED1HRN
Kontoinhaber: SPD-OV-Eickel

**An die Mitglieder und Unterstützer
des Vorstandes
des SPD-Ortsvereins Eickel**

Ortsvereinsvorsitzende

**Elisabeth Majchrzak-Frensel
Veilchenweg 36
D-44651 Herne**

☎ Privat +49 (2325) 45448
☎ Mobil +49 (173) 5249144
☎ Fax +49 (3212) 1019922
✉ elisabeth.majchrzak@spd-eickel.de

Herne, Samstag, 2016-05-21

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie schon lange geplant, sind wir endlich im Besitz einer eigenen Reibekuchenpfanne! Zum Testen der Funktionsfähigkeit werden wir einen Probelauf mit anschließendem Verzehr der Ergebnisse starten.
Dazu möchte ich euch mit PartnerIn herzlich einladen.

Reibekuchenessen

am Freitag, 15. Juli 2016, um 18:00 Uhr

Dorneburger Str. 55, 44652 Herne

Telefon: (0 23 25) 66 89 09

Marc hat freundlicherweise seinen Garten zur Verfügung gestellt.
(Zugang rechts neben dem Haus über die Einfahrt in den Garten)

Eventuell wird eine Kostenumlage anfallen. Dies werden wir dann an dem Abend regeln.

Um die richtige Menge Reibekuchenteig bestellen zu können, bitten ich euch um Anmeldung:

Ich bitte euch bis zum 20. Juni 2016 um Rückmeldung bei der Vorsitzenden zwecks Anmeldung, aber auch, falls ihr verhindert seid.

Bis dahin verbleibe ich mit freundlichen Grüßen



Elisabeth Majchrzak-Frensel
(Ortsvereinsvorsitzende)







Der fachliche Austausch ging auch in den Pausen weiter.



Branchenteilnehmer, Lobbyisten und Politiker verfolgten die Vorträge und Debatten. In der ersten Reihe (v.l.): Ulrich Syberg, Ludger Koopmann (beide ADFC), Peter London (Verkehrsministerium NRW), Gero Storjohann (CDU). Foto: Richter

Staatssekretäre, Staubsauger und Bad Cops

Zum vierten Mal gab es den Branchenkongress Vivavelo in Berlin. Der fachliche und politische Input war wie gewohnt auf hohem Niveau. Die Tagung bot erneut eine Bestandsaufnahme über den Status quo der Fahrradbranche und die Entwicklungen in der Verkehrspolitik. Auslegungssache bleibt es trotzdem: Geht es mit der Förderung des Radverkehrs gut voran oder herrscht gepflegte Stagnation?

Der zweite Kongresstag bildete aktuelle Fragestellungen der Branche ab; die Parallel-Vorträge boten einen repräsentativen Streifzug; eine Podiumsdiskussion zu neuen Partnerschaften in der Branche schloss den Input ab. Das abschließende Manifest können Sie im vollen Wortlaut auf www.radmarkt.de finden.

Zwei Staatssekretäre, zwei Temperamente

Der Staatssekretär Horst Becker vertrat seinen Chef, den NRW-Verkehrsminister Groschek. Die Enttäuschung, den pro Radverkehr hoch engagierten Minister nicht selbst zu hören, war nach wenigen Sätzen verflogen. Becker präsentierte sich ebenfalls als Vollblut-Fahrradförderer, und man durfte den Eindruck gewinnen, dass Nordrhein-Westfalen beim neuen Königsthema Radschnellwege auch mittelfristig den Schrittmacher der Nation geben wird. Die Radschnellwege gehören für ihn aber auch in den Bundesverkehrswegeplan.

Norbert Barthle hingegen, der Staatssekretär aus dem Bundesverkehrsministerium, schien seinen Auftritt eher



VSF-Vorstand Albert Herresthal bei der Eröffnung des Kongresses.

In der Ausgestaltung des Kongressinhalts muss man die Erwartungen und den Wissensstand der Teilnehmer im Auge behalten, eine Balance bleibt es trotzdem. Die einen haben den Staatssekretär, den ADFC-Geschäftsführer oder den Radverkehrsexperten schon ein halbes Dutzend mal gehört bei AGFS- oder Radverkehrskongressen und stellen fest, dass ein Redner in der Regel nicht zu jedem Anlass ein neues Manuskript mitbringt. Andere kennen diese Inhalte gar nicht und wollen sich in kompakter Form auf Stand bringen. Den Status quo in Sachen Radverkehrspolitik brachte der erste Kongresstag in der Tat gut auf den Punkt – ohne besondere Überraschungsmomente zu bieten.

Dirk Zedler: Anspruchsdenken bei E-Bikes

Der Sachverständige Dirk Zedler begutachtet normalerweise für Gerichte gebrochene Bauteile. Neuerdings hat er immer öfter mit Bagatellmängeln zu tun – rund ums E-Bike: Unerfüllte Reichweiten-Erwartungen, Geräuschbildung, Ruckeln im Antrieb.

Dahinter steckt für ihn eine gestiegene Anspruchshaltung der Verbraucher, denen die Branche proaktiv begegnen muss. Sie muss das Anglerlatein bei den Reichweiten beenden und realistische Angaben machen. Der Handel muss deutlich kommunizieren, dass Akkus Verschleißteile sind und dass es normal ist, dass die Reichweite im Laufe der

Zeit nachlässt. Man muss dem Kunden klarmachen, dass ein Pedelec Service braucht – mindestens einmal im Jahr. Händler müssen sich mit der Bedienungsanleitung auseinandersetzen und mit ihr arbeiten.

Reklamationen müssen schneller abgewickelt oder ein Ersatzrad gestellt werden. Die Werkstattannahme muss professionell gestaltet sein unter anderem mit einem PC. Den Standard setzt hier das Autohaus, das selbst für eine Empfangsdame, die dem reklamierenden Kunden nur einen Kaffee bringt, viel aufwendet.

mb

als Pflichtübung zu verstehen. Er weckte zumindest keine Illusionen, was den Umfang seines Engagements für den Radverkehr betraf. Immerhin, die Erkenntnisse aus dem Fahrradmonitor nannte er ernüchternd.

Er wäre aber gut beraten gewesen, sein Auditorium nicht zu foppen, indem er eine Aufstockung der Mittel für Radwege an Bundesstraßen auf 100 Millionen Euro als grandiose Leistung anpries. Er hätte wissen müssen, dass im Plenum Experten sitzen, die darüber aufklären können, dass damit nur eine frühere Kürzung rückgängig gemacht wurde. Diese Aufgabe übernahm später Burkhard Stork.

Vorschlag 1 für 2018: Gysi statt Endlos-Schleife

Dem ADFC-Geschäftsführer blieb es auch vorbehalten, Barthle donnernd zu widersprechen, der es dem Plenum allen Ernstes als Privileg verkaufen wollte, dass das Fahrrad im Bundesministerium durch eine eigene Radverkehrsbeauftragte repräsentiert sei: »Das würden sich die Motorradfahrer und Oldtimer-Liebhaber auch wünschen.« »Das Fahrrad wird mit Oldtimern und anderem Spielzeug verglichen«, ätzte Stork, der zugleich der Fahrradbranche ins Stammbuch schrieb: »Sie stellen ein Verkehrsmittel her!«

Er und der ADFC-Vorsitzende Ulrich Syberg spielen ziemlich gekonnt das Wechselspiel »Good Cop« und »Bad

Dietmar Haertel: Macht Erfolg blind?

Der Rahmenbauexperte versorgte die Zuhörer mit einem völlig anderen Blick auf E-Bikes und lieferte damit den besten Vortrag des zweiten Kongresstages. Man muss seine Thesen nicht teilen, aber sie regten zum Nachdenken an und boten mal etwas anderes als dem Zuhörer das zu bestätigen, was er sich ohnehin denkt.

Das Pedelec ersetzt in der Theorie das Auto, in der Praxis aber das normale Fahrrad. Wegen des Wetters wollen nämlich viele nicht auf das Auto verzichten. Damit ist auch ein anderer Blick auf die Ökobilanz des E-Bikes geboten, so Haertel. Die Energiekosten liegen nach seiner Berechnung bei 4 bis 10 Euro auf 100 Kilometer; neben den zyklischen gibt es auch kalendarische Verbrauchskosten (Akku-Verschleiß).

Das Pedelec ist bislang eine expansive Technik, die das beim Fahrrad bis dato verbreitete Minimalprinzip konterkariert. Das bedeutet, dass es nicht ökonomisch optimiert wird. Haertel unterscheidet zwischen Funktion und Nutzen. Beim Auto ist Allradantrieb eine zusätzliche Funktion, die aber nur begrenzten Nutzen hat, wenn man winterlichen Straßenverhältnissen immer seltener begegnet.

Ein paralleles Beispiel ist das Karbon-Rennrad. Außerhalb des Wettbewerbsbereichs ist dieser Werkstoff entbehrlich. Ein Alu-Rennrad unter sieben Kilo kann man für unter 2.000 Euro bekommen. Eine Scheibenbremse ist am Mountainbike notwendig; am Rennrad muss man sie hinterfragen. Freizeitfahrer erreichen eher die Überschlagsgrenze.

Das Minimalprinzip bedeutet, die Funktion an den tatsächlichen Bedürfnissen auszurichten. Bezogen auf das E-Bike bedeutet das, dass viele Nutzer schwere Akkus mit sich herumfahren, deren Reichweite sie nicht benötigen. In der Tat rechnen viele Experten damit, dass sich in den nächsten Jahren eine neue Klasse von leichten Pedelecs etabliert mit weniger Leistung und Reichweite, was auf Kurzstrecken den besseren Kompromiss darstellt.

mb

www.cycle-union.de

Sie interessieren sich für unsere Marken?
Unser Außendienst berät Sie gerne.
Jetzt Termin vereinbaren unter

0441 - 92 08

„Die hat das Rad ab.“

„Qualität aus Oldenburg“ ist das herausragende Thema bei der Entwicklung, Konstruktion und Herstellung unserer Fahrräder.

Beim Einspeichen und den nachfolgenden Arbeitsschritten hat unsere Mitarbeiterin tatsächlich noch das Rad „ab“. Denn bevor ein Laufrad montiert wird, stehen ein paar wichtige, teils computergestützte Arbeitsschritte an: Einspeichen, Zentrieren, Messen, Zentrieren, Messen, Freigeben.

Denn erst wenn die Ergebnisse unseren hohen Ansprüchen an Qualität genügen, wird das Laufrad in der Endmontage weiterverarbeitet.

Mehr Informationen über unseren Qualitätsanspruch und unsere Marken finden Sie unter www.cycle-union.de

bikemanufaktur

vsf fahrradmanufaktur

KREIDLER

RABENEICK



Staatssekretär Horst Becker:
»Radschnellwege gehören in den Bundesverkehrswegeplan.«



Staatssekretär Norbert Barthle:
»Die Ergebnisse des Fahrradmonitors sind ernüchternd.«



Professor Klaus Töpfer: »Im Mittelalter war die Stadt ein gekochtes Ei mit einer Außen- schale, in der Industrialisierung ein Spiegelei und in Zukunft muss sie ein Rührei sein.«

Cop«, und Syberg tat in der Podiumsdiskussion so, als habe er den Wutbürger Stork mühsam beruhigen müssen.

Wenn man aber schon das Privileg hat, bei diesem Thema über einen Bad Cop mit den rhetorischen Fähigkeiten eines Gregor Gysi zu verfügen, sollte man ihn eigentlich noch viel gezielter einsetzen: Die Kongressregie 2018 sollte Stork gleich nach dem Staatssekretär platzieren oder noch besser mit ihm zum Zwiegespräch zusammenspannen. Dem blieb es nämlich durch seinen zwischenzeitlichen Abgang erspart, die Zerspannung seines Grußworts live mitzerleben oder gar darauf eingehen zu müssen.

Radverkehrs-Debatte: More of the same

Das durfte dann wie vor zwei Jahren die Radverkehrsbeauftragte Birgitta Worringen ausbaden, die sich diesmal wenigstens achtbar hielt, trotz einer vorbelastenden Anmoderation durch den Tagesschau-Sprecher Thorsten Schröder (»Vielen Dank, dass Sie sich stellen, obwohl Sie einen schweren Stand haben«). Neues hatte sie aber ebenso wenig beizutragen wie der leutselige CDU-Abgeordnete Gero Storjohann, der sich ernsthaft für das Fahrrad einsetzt, die Sachzwänge des Politikbetriebs aber restlos verinnerlicht hat: »Die Alten werden abgewählt, dann kommen neue Leute, wollen alles ändern, schaffen es nicht und werden auch abgewählt.«

Vorschlag 2 für 2018: Direkt konfrontieren

Eine Podiumsdiskussion ist immer ein schwieriges Format, inhaltlich oft wenig ergiebig im Vergleich zu Top-Vorträgen. Wenn es aber schon zur unabweisbaren Pflicht gehört, dieses Format in eine Tagung einzubauen, dann hat man immerhin eine Stellschraube in der Besetzung. Wenn immer

irgendjemand auf der Bremse steht bei guten Projekten, dann sollte man diesem Irgendjemand ein Gesicht geben. Wenn Storjohann beklagt, dass Hamburg seinen Radweg von Norderstedt in die Alstermetropole unterläuft, dann sollte man den Blockierer aufs Podium holen. Überhaupt machen konkrete Beispiele das Problem anschaulicher als eine allgemein-abstrakte Erörterung durch längst bekannte Gesichter. Nur der SKS-Vertriebsleiter und CDU-Kommunalpolitiker Marcel Spork durchbrach diesmal das Déjà-vu.

Mikael Colville-Andersen: Ich bin kein Radfahrer

Der strukturelle Vorteil des Vortrags gegenüber der Podiumsdiskussion besteht in der Chance, einen roten Faden so sauber zu spinnen, dass echter Erkenntnisgewinn überkommt. Die Kunst, die Erkenntnisse lebendig und anschaulich zu vermitteln, beherrscht kaum jemand so gut wie Mikael Colville-Andersen, dessen Vortragstil Kabarett pur ist. Der geistige Vater des Copenhagenize hat zudem den Vorteil, nicht über theoretische Hirngespinnste zu reden, sondern über Best practice.

Neben der Bezeichnung von Berlin als »Infrastruktur-Museum« am meisten hängengeblieben ist sein Impuls, dass Radfahren als Verkehrsmittel etwas völlig Normales werden muss – und die Lösungen dafür einfach und klar. »Ich bin kein Radfahrer« lautet sein Motto – Radfahren ist so selbstverständlich, dass man es nicht erwähnen muss. Einen solchen Vortrag hätte man ans Ende des Tages platzieren müssen, um die allmählich ermüdenden Zuhörer noch mal aufzurütteln.

Franz Linder: Mit Gewissheiten aufgeräumt

Diese Aufrüttelung gelang Franz Linder von der Agentur P 3 nicht ganz wie gewohnt, er wirkte diesmal gedämpfter. Seine Botschaft war dabei von hinreichender Radikalität und verstärkte den Impetus von Colville-Andersen: Nicht kosmetische Änderungen hier und da, sondern ein radikaler Change ist geboten in der Verkehrspolitik. Der AGFS-Berater forderte den Mut, den Autos Spuren wegzunehmen und den Menschen die Städte wieder zurückzugeben.

Siegfried Neuberger: Normen

Durch eine Änderungsverordnung der StVZO werden Sonderfunktionen wie Tag-fahrlicht, Fernlicht und Bremslicht bald zulässig sein, berichtet der Geschäftsführer des ZIV. Die ISO 4210 ersetzt demnächst die Einzelnormen City, Trekking, MTB und Kinderrad. Das Mountainbike wird in Nutzungsklassen unterteilt.

Die von Dr. Eric Groß ermittelten Betriebslasten haben ergeben, dass beim E-Mountainbike Sattel und Sattelstütze stärker belastet werden als beim konventionellen MTB. Aber auch andere Prüfungen müssen im Niveau angehoben werden.

Ab dem 1. Januar 2017 fallen S-Pedelecs in die neue EU-Fahrzeugklasse L1eb.

Dabei hat niemand ans S-Pedelec gedacht. Trotzdem ist der ZIV der Auffassung, dass S-Pedelecs außerorts schon jetzt Radwege benutzen dürfen. Maßgeblich dafür ist nicht die Unterstützungsgrenze 45 km/h, sondern dass diese Fahrzeuge per Gasgriff auf 20 km/h beschleunigt werden können. In der EN 1078 soll ferner bald ein »geeigneter« Helm für S-Pedelecs definiert werden.

mb



Siegfried Neuberger hat den Vorsitz in mehreren internationalen Normungsgremien inne.



Von links: Birgitta Worringen, Gero Storjohann, Thorsten Schröder und Ulrich Syberg.

Dirk Zedler: Tauschteile-Katalog für Pedelecs

Mehr Sicherheit beim Umbau und bei der Reparatur von Pedelecs erlangen Fahrradwerkstätten, wenn sie sich dabei an den Tauschteile-Katalog halten, den VSF und ZIV gemeinsam mit dem Zedler-Institut für Fahrradtechnik und Sicherheit erarbeitet haben. Hintergrund und Umsetzung erläuterte Dirk Zedler: Wegen der Motorisierung unterliegen Pedelecs im Gegensatz zu Fahrrädern der CE-Kennzeichnungspflicht. Wer Pedelecs in der EU in Verkehr bringt (als Hersteller oder Importeur), bestätigt mit dem CE-Kennzeichen, dass das Produkt den relevanten Sicherheitsbestimmungen (unter anderem dem Produktsicherheitsgesetz) entspricht und entsprechende Stücklisten, Prüfprotokolle und Risikobeurteilungen vorliegen. Bisher wurde die Korrektheit der Kennzeichnung nur im Falle eines Unfalles überprüft. Inzwischen werde aber vorsorglich geprüft und die missbräuchliche Verwendung des Kennzeichens sei strafbar.

In der Werkstattpraxis bedeutet das nun, dass der Händler eigentlich am Pedelec nichts verändern darf, zum Beispiel nicht einfach den Lenker tauschen darf, weil das Fahrzeug dann nicht mehr der Stückliste entspricht, auf der die CE-Kennzeichnung beruhte, und einer erneuten Risikoanalyse bedarf. Wenn man etwa einen geraden Lenker durch einen Bananenlenker ersetzt, sei das ja auch sinnvoll, erläuterte Zedler, denn durch die dann veränderte Haltung des Fahrers ändere sich die Achslast und das Pedelec fahre komplett anders.

Im Reparaturfall sollte die Werkstatt also ein Originalteil verwenden. Wenn es das aber nicht mehr gibt, weil der Teilehersteller es aus dem Programm genommen hat, sollte man sich für das Alternativteil die Freigabe des Fahrzeugherstellers einholen beziehungsweise an den Tauschteilekatalog halten. Der Leitfaden unterteilt die Bauteile in verschiedene Kategorien: zum Beispiel solche, für die nur der Pedelec-Hersteller die Freigabe erteilen kann, solche, für die die Freigabe auch vom Teilehersteller erfolgen kann oder solche, für die keine spezielle Freigabe nötig ist. So kann man etwa den Schlauch ersetzen, so lange das Ventil das gleiche ist. Auch für Umbauten gibt es einen plausiblen Rahmen: Es ist etwa möglich, einen Lenker mit etwas anderer Kröpfung anzubauen, sofern man dafür die Längen der Züge nicht verändern muss. Sämtliche Umbauten sollte die Werkstatt schriftlich dokumentieren.

Gesetzescharakter könne der Leitfaden nicht haben, er sei ein pragmatischer Ansatz, was man ohne Sicherheitsrisiko machen kann. Zedler sieht in der CE-Kennzeichnungspflicht auch eine Chance: Sie führe zu mehr Sicherheit für die Benutzer, denn der Händler kann den Kunden erklären, warum er etwas Absurdes nicht umbauen möchte und auch gar nicht darf. Zweitens entstehe bei den Kunden eine höhere Markentreue: Wenn beispielsweise Flyer sagen würde, 'Alle Humpert-Lenker Level 5 bis 6 könnt ihr benutzen', dann entscheide sich der Kunde auch dafür. Zudem erwartet Zedler eine weitere Professionalisierung der Branche, denn gute Hersteller und Händler werden sich durchsetzen.

Text/Foto: vz



Dirk Zedler.

Einfach.
Gut.
Geschützt.

WERTGARANTIE Komplettschutz

Genial!



Ein Geistesblitz mit Garantie – für Sie und Ihre Kunden.

Denn die **Reparaturkosten** übernehmen wir!

- Fall-/Sturzschäden, Unfallschäden, Eigenverschulden, Verschleiß, Ersatz bei Diebstahl, Teilediebstahl und Vandalismus
- Arbeitslohn, Ersatzteile, Neukaufbeteiligung **inklusive**

Wählen Sie eine **clevere Lösung**:

Tel: +49 511 71280-806 | E-Mail: fahrradteam@wertgarantie.de

Für Cityrad, Kinder-/Jugend- und Hollandrad schon ab 6 € mtl.



WERTGARANTIE ist der Fachhandelspartner Nr. 1 bei Garantie-Dienstleistung und Versicherung für alles, was einen Akku, Stecker oder Speichen hat.

Seit 1963 | www.wertgarantie.ag

→ **WERTGARANTIE®**
Einfach. Gut. Geschützt.



Liebe Genossinnen im Stadtbezirk Eickel!

Hiermit lade ich euch herzlich ein zu unserem nächsten Treffen am

24.05.2016

um 19 Uhr

DRK-Altenhilfezentrum in der Bergmannstraße

Tagesordnung:

1. Referat über die Organisation Weißer Ring (Lothar Schulz)
2. Verschiedenes

Ich freue mich über Eure zahlreiche Teilnahme!
Viele Grüße

Carina



Unter der Kuppel

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Michelle Müntefering
und der SPD-Bundestagsfraktion

03. Mai 2016

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages senden wir Euch ab nun unseren neu gestalteten Newsletter „Unter der Kuppel“. In dieser Ausgabe findet ihr top aktuell die Themen aus der letzten Sitzungswoche.

In dieser Ausgabe geht es um die Stahlindustrie in Deutschland und in Europa, um die aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag zum Thema „Pressefreiheit in der Türkei“ bei der ich auch selbst das Wort ergriffen habe. Auf Seite 4 lest Ihr eine persönliche Erklärung von mir zum Thema „Fracking.“

Außerdem geht es um meinen Besuch bei den Experten der Knappschaft zum Thema Rente, den Paragrafen zur Majestätsbeleidigung, den wir abschaffen wollen sowie um die Forderungen der SPD Bundestagsfraktion „Nein heißt Nein“. Wir fordern hier ein weitergehendes Gesetz bei der sexuellen Selbstbestimmung. Außerdem lest ihr,

wer im Bundestag zu Besuch war wie etwa in dieser Woche das THW Wanne-Eickel und Herne — aber auch eine junge Frau aus Bochum.

Viel Spaß beim Lesen und ein herzliches Glück Auf. Eure

Michelle Müntefering

Themen in dieser Ausgabe:

- Stahlindustrie in Deutschland und Europa stärken
- Aktuelle Stunde: Situation in der Türkei
- Umwelt: Fracking verbieten
- Rechtspolitik: Majestätsbeleidigung abschaffen
- Rechtspolitik: Recht auf sexuelle Selbstbestimmung schützen
- Umwelt: Tschernobyl und Fukushima mahnen
- Koalition: Fraktionsspitzen fassen aktuelle Beschlüsse
- Girl's Day: Bochumer Schülerin zu Gast im Bundestag
- Jugend: Robert-Brauner-Schüler bei Michelle Müntefering
- Rente: Gesetzliche Altersvorsorge stärken
- Sicherheit: Herner THW-Vorstand bei Sicherheitskonferenz
- Energie Ruhrgebiet: NRW-Landesabend mit der RAG

TOP-THEMA

Die Stahlindustrie muss gestärkt werden

Erstmals hat der Bundestag über einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur Stärkung der Stahlindustrie debattiert.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die aktuellen Sorgen der Stahlunternehmen damit auf die Agenda des Deutschen Bundestags gebracht. In dem Antrag formuliert die Koalition Forderungen, um Bundeskanzlerin Angela Merkel und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gegenüber der EU-Kommission den Rücken zu stärken. Denn wenn es um die Zukunft der deutschen Stahlindustrie geht, ist vor allem die europäische Ebene gefragt.

„2016 ist ein Schicksalsjahr für die deutsche Stahlindustrie“, sagt Fraktionsvize Hubertus Heil. Es geht um Überkapazitäten auf dem Weltmarkt, zunehmenden Druck durch subventionierte Stahlimporte vor allem aus China, die Reform des Emissionshandels. „Wir müssen alles dafür tun, hochqualifizierte Arbeitsplätze in dieser Grundstoffindustrie zu sichern.“

Problem der Überkapazität aus China

Zu den größten Herausforderungen der Stahlbranche gehören Überkapazitäten aus China. Dabei

werden in der Volksrepublik Stahlprodukte durch staatliche Maßnahmen verbilligt und teilweise unter den Herstellungskosten angeboten. Auch wenn dagegen bereits mehrere Anti-Dumping-Verfahren eingeleitet und Strafzölle verhängt werden konnten, muss in der europäischen Außenhandelspolitik mehr passieren. Daher meint der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Bernd Westphal: „Die EU-Kommission muss schneller und effektiver gegen hochsubventionierte Stahlimporte zum Beispiel aus China vorgehen und ihre Handelsschutzzin-

SPD

strumente dringend modernisieren.“

Qualifizierte Arbeitskräfte im Ruhrgebiet sind gefährdet

Einig sind sich die Koalitionsfraktionen, dass die deutsche und die

europäische Stahlindustrie Verantwortung übernehmen müssen, wenn es um die Reduktion von Treibhausgasemissionen geht. Allerdings darf die Reform des Emissionshandels nicht zulasten der Stahlproduktion in

Deutschland und Europa gehen. „Insbesondere im Ruhrgebiet sind qualifizierte Arbeitsplätze durch unfaire Bedingungen gefährdet und müssen erhalten bleiben“, so Michelle Müntefering.



AUSSENPOLITIK: TÜRKEI

„Pressefreiheit ist das Brot der Demokratie“



In dieser Woche diskutierte der Bundestag in der Aktuellen Stunde über den „Umgang mit der Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei“. Für die SPD sprach auch Michelle Müntefering:

Sehr geehrter Herr/Frau Präsident/in

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Pressefreiheit das „Brot der Demokratie“ ist, wie es der Journalist Heribert Prantl einmal formulierte, dann sieht die Welt ganz schön mager aus!

In der Mehrzahl der Länder wird es gefährlicher, seine Meinung in

Wort und Schrift frei zu äußern, Kritik zu üben. Für Journalisten, Intellektuelle, Künstler, Schriftsteller. Das ist kein gutes Zeichen für den Zustand der Welt. Gefährdet ist Demokratie nie.

Das gilt leider auch für die Türkei. Wir beobachten mit Sorge die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit. Diese Sorge ist ganz konkret.

Zahlreiche Beispiele und Berichte aus Gesprächen und Begegnungen haben wir hier im Laufe der Debatte gehört: Über Beschlagnahmen von Zeitungstiteln oder Verlagen, Sperrungen von Internetseiten, Verhaftungen von

Wissenschaftlern, Interventionen und Einreiseverbote. Mittlerweile trifft es auch unsere deutschen Diplomaten und Journalisten. Das alles macht die aktuelle intensive Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsproblematik nicht einfacher. Im Gegenteil: Die Reaktionen des türkischen Staatspräsidenten erschweren sie.

Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, das sind keine deutschen Werte, keine türkischen Werte. Es sind gewachsene, internationale, universelle Werte. Wir müssen sie immer neu einfordern, schützen und pflegen.

Ich bin der festen Überzeugung,



dass dies auch unsere Orientierung in der internationalen Politik sein muss, die wir nicht verlieren dürfen.

Und mancher muss hier, auch in unserem Land, mit Verlaub, dabei noch etwas nachjustieren. Die EU könnte ein Monitoring mit dem UNHCR für die Einhaltung der Menschenrechte bei der Flüchtlings-Zusammenarbeit einsetzen. DAS wäre eine Initiative, die zeigt, dass unsere Werte nicht nur auf dem Papier, sondern auch im Alltag bestehen. Auch die Öffnung der Kapitel über Menschenrechte und Justiz wäre ein Hebel, mit dem sich die Belastbarkeit der Beziehungen prüfen ließe.

Lassen Sie mich aber auch erwähnen: Das, was in der Türkei und auch bei vielen Deutsch-Türken von der Diskussion ankommt, sind oft nur noch wenige, zugespitzte, Worte. Das sollten wir wissen, wenn wir uns wundern, warum ein großer Teil der Türken gekränkt auf Kritik reagiert. Viele Türiinnen und Türken sind verletzt, ob der teilweise auch ausfälligen Bemerkungen. Vielfach wird sie nicht als Kritik am Staatspräsidenten und seiner Führung verstanden, sondern an allen Türken. Und an vielen Stellen im Internet ist sie eben auch keine Satire, keine Kunst, sondern Hetze. Auch von rechts.

Demokratie braucht Verantwortung

Dafür, in der Tat, gibt es Gerichte. Weil Demokratie Verantwortung braucht, weil Freiheit

Grenzen hat, weil der Staat seine Bürger schützen muss. Gerichte sind aber nicht dazu da, um sie politischer Einmischung zu unterziehen. Oder sie zu instrumentalisieren. In der Demokratie gilt der Satz von Voltaire: „Ich verachte Ihre Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie sagen dürfen.“ Besonders für die Freunde der Türkei ist die aktuelle Entwicklung niederschmetternd, denn die deutsch-türkischen Beziehungen sind für viele mehr als ein Politikfeld, als eine Herzensangelegenheit.

Wir fangen nicht bei Null an

Sehr verehrte Damen und Herren, wir fangen nicht bei Null an. Augenhöhe und Respekt und eine gemeinsame Geschichte helfen, selbst schwierigste Themen unter Parlamentariern anzusprechen. Das ist möglich und es ist Realität. Das erwarte ich mir auch von der Spitze der Bundesregierung. Klare Haltung! Es war ein weiterer Autor der SZ, Gustav Seibt, der dieser Tage „die vergessene Liebe zwischen Deutschen und Türken“ beschrieben hat. Die außenpolitische Geschichte von Metternich, Bismarck und Moltke, die Geschichte der Gastarbeiter, bis zu den Fehlern der EU in der jüngeren Vergangenheit, und den gewachsenen deutsch-türkischen Mittelstand heute - aber vor allem auch die Türkei, die 1933 zum Exil für Künstler und Wissenschaftler wurde. Sie sind es, die uns heute mahnen und warnen. Die unsere

Gesellschaft zu dem machen, was wir sind. Wir sollten ihre Stimmen hören. Mehr noch, Ihnen müssen wir als Politiker die Räume der Artikulation offen halten. Mit einer Außenpolitik der Zivilgesellschaft. Denn es gibt keinen Automatismus in der Geschichte. Wir bestimmen sie selbst. Dazu, zum Schluss, Gustav Seibt: „Es gibt also - jenseits von NSU, Sarrazin-Debatte, Böhmermann und Erdoğan - eine deutsch-türkische Geschichte von säkula rem Ausmaß und eine zivilgesellschaftlich-kulturelle Realität, deren Vielschichtigkeit und schiere Interessantheit oft nicht gegenwärtig sind. Diese Lieblosigkeit ist kaum zu begreifen, denn sie schwächt die Gesellschaft insgesamt.“

Auch Staatspräsident Erdogan wird einmal an dieser Geschichte gemessen werden.



UMWELT

Gefährliches Fracking verbieten

In dieser Woche stimmte der Deutsche Bundestag über zwei Anträge von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken zum Thema Fracking ab. Anlässlich dieser Abstimmung über die Oppositionsanträge stellt Michelle Müntefering klar:

„Ich halte unkonventionelles Fracking, und den damit verbundenen Einsatz von Chemikalien, für ein großes Risiko für Mensch und Umwelt. Eine gesetzliche Regelung muss zügig her. Denn die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und der Erhalt von sauberem Trinkwasser haben Vorrang vor einem potentiellen wirtschaftlichen Nutzen.

Leider blockiert die CDU/CSU ein solches Gesetz und verschärft damit Rechtsunsicherheit. Mir kommt es darauf an, dass Fracking in Nordrhein-Westfalen unmöglich gemacht wird, die Bundesländer in jedem Fall über Probebohrungen entscheiden und Entscheidungsbeurteilungen nicht an eine Kommission "outgesourct" werden können. An diesen Punkten scheitert aber seit einem Jahr eine Einigung zum Gesetzentwurf an der CDU/CSU.

Anträge unzureichend

Die Anträge von Linken und Grünen aus der letzten Sitzungswoche des Bundestages waren

leider in mehreren Bereichen völlig unzureichende und politische Effekthascherei.

„Ich habe mich enthalten“

Deswegen habe ich mich bei der Abstimmung meiner Stimme enthalten. Ich setze aber darauf, dass die SPD ihre Haltung klar aufzeigt und ein entsprechendes Gesetz in unserem Sinne noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann. Dies ist auch im Sinne unserer Rot-Grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

RECHTSPOLITIK

Majestätsbeleidigung abschaffen

Das Strafverlangen der türkischen Regierung gegen den Satiriker Jan Böhmmermann hat in Deutschland eine längst überfällige Diskussion über die Abschaffung des Straftatbestandes des Paragraphen 103 Strafgesetzbuch (StGB, „Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten“) ausgelöst.

SPD will Paragraph 103 sofort abschaffen

Strafverfolgung von Satire wegen „Majestätsbeleidigung“ passt nicht in eine moderne Demokratie. Deshalb war es richtig, dass sich die Ministerinnen und Minister der SPD im Kabinett gegen die Ermächtigung zur Strafverfolgung nach Paragraph 103 StGB ausgesprochen haben. Die SPD-Fraktion will den Paragraphen 103 mit

sofortiger Wirkung und nicht erst ab 2018 abschaffen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat die SPD-Fraktion am Dienstag vorgelegt. Ungeachtet dessen blicken die Sozialdemokraten mit Sorge auf die zunehmende Beschränkung der Pressefreiheit und der Freiheit von Kulturschaffenden in der Türkei selbst. So sehr die SPD-Fraktion an einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit der Türkei interessiert ist, so sehr gilt, dass es keinen Rabatt in der Frage der Menschenrechte geben darf.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann betont: „Es gibt in der SPD-Fraktion eine große Zustimmung, diesen Paragraphen ersatzlos zu streichen.“ Die Union habe dazu noch Beratungsbedarf, die SPD-Fraktion sei bereit,

ihren Gesetzentwurf sofort zu beschließen.

Kein Sonderstrafrecht

Die SPD-Fraktionsvizechefin Eva Högl, betont: „Wir brauchen in Deutschland kein Sonderstrafrecht. Und genau deswegen wollen wir diesen Paragraphen sofort abschaffen und damit nicht bis 2018 warten.“





RECHTSPOLITIK

Recht auf sexuelle Selbstbestimmung schützen

Im geltenden Recht finden sich nach wie vor Handlungen, die die sexuelle Selbstbestimmung von Opfern verletzen und strafwürdig sind, jedoch nicht vom Sexualstrafrecht erfasst werden. Solche Strafbarkeitslücken, die im Zusammenhang mit sexueller Nötigung und Vergewaltigung stehen, will die Koalition mit einem Gesetzentwurf schließen.

Es gibt Situationen, in denen die Voraussetzungen des Paragraphen 177 Strafgesetzbuch (StGB, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung) nicht vorliegen, die aber dennoch in strafwürdiger Weise für sexuelle Handlungen ausgenutzt werden. Das ist der Fall, wenn das Opfer aufgrund der überraschenden Handlungen des Täters keinen Widerstand leisten kann oder wenn das Opfer nur aus Furcht von Widerstand absieht. Dieses Verhalten kann nach geltender Rechtslage auch von anderen Vorschriften, wie zum Beispiel

dem Straftatbestand der Nötigung oder der Beleidigung, nur unter bestimmten Voraussetzungen bestraft werden, die in den genannten Fällen jedoch häufig nicht gegeben sind. Die heutige Rechtslage ist diesbezüglich eindeutig ungenügend. Die Koalition will diesen Missstand zeitnah beseitigen.

Sexueller Missbrauch immer strafbar.

Der Gesetzentwurf, über den am Donnerstag in 1. Lesung beraten wurde, sieht daher neue Straftatbestände vor, mit denen sexueller Missbrauch unter Strafe gestellt wird. Unter der neuen Überschrift „Sexueller Missbrauch unter Ausnutzung besonderer Umstände“ macht sich zukünftig nach Paragraph 179 Absatz 1 StGB-E strafbar, wer unter Ausnutzung einer Lage, in der eine andere Person aufgrund ihres körperlichen oder psychischen Zustands zum Widerstand unfähig ist, aufgrund

der überraschenden Begehung der Tat zum Widerstand unfähig ist oder im Fall ihres Widerstandes ein empfindliches Übel befürchtet, sexuelle Handlungen an dieser Person vornimmt. Auf diese Weise sollen insbesondere Frauen – aber auch Männer – besser als bislang vor sexuellen Übergriffen geschützt werden.

SPD-Fraktionsvize Carola Reimann hat sich für Ergänzungen an dem Gesetzentwurf ausgesprochen. Geklärt werden müsse vor allem, wie der Grundsatz „Nein heißt Nein“ umgesetzt werden könne. Zudem müsse für sexuelle Belästigung endlich ein Straftatbestand geschaffen werden, forderte Reimann. „Das werden wir als eigenen Paragraphen noch hinzufügen müssen“, sagte sie. Sexuelle Belästigung etwa am Arbeitsplatz sei ein großes Problem.

UMWELT

Tschernobyl und Fukushima mahnen

In Erinnerung an die Reaktorkatastrophen von Tschernobyl vor 30 Jahren und von Fukushima vor fünf Jahren hat der Bundestag am Freitag über Atomenergie und die damit verbundenen Risiken debattiert und einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen beschlossen.

Noch heute leiden Hunderttausende unter den Folgen der Reaktorkatastrophe. Weite Landschaften in der Ukraine, Weißrussland und Teilen Russlands

sind bis heute belastet. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD): „Tschernobyl gab denjenigen Recht, die lange vorher vor der Atomkraft gewarnt hatten“. Hendricks dankte der Anti-Atomkraftbewegung ausdrücklich. Dass es bis Fukushima dauerte, bis alle Bundestagsfraktionen vom Atomausstieg überzeugt waren, sei bekannt. Doch trotz des deutschen Atomausstiegs blieben die Risiken. Radioaktivität mache an den Grenzen nicht halt, stellte Hendricks dar.

Sorgen um belgische AKWs

Besondere Sorgen bereiteten die Atomkraftwerke in Belgien. „Ich erwarte, dass die Nachbarländer die Sorgen der Menschen in den Grenzgebieten ernstnehmen und für ein höchstes Sicherheitsniveau sorgen“, unterstrich die Ministerin.

Die bestehenden Probleme zeigen, dass die Risiken der Atomenergie nicht in den Griff zu bekommen sind. Erst ein europäischer und weltweiter Ausstieg aus der Atomenergie bringt Sicherheit..



Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Atomausstieg gemäß Atomgesetz umzusetzen. Sie soll sich in bilateralen Kommissionen mit sicherheitstechnischen Fragestellungen grenznaher Atomkraftwerke (AKW) in anderen Ländern aus-

einandersetzen und die Verhandlungen mit Belgien über ein Abkommen zur Nuklearen Sicherheit zügig zum Abschluss bringen.

Auf europäischer Ebene soll die Bundesregierung darauf drän-

gen, dass bei Laufzeitverlängerungen für AKW angrenzender Länder eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung Pflicht wird.

KOALITIONSTREFFEN

Fluchtursachen durch AKBP bekämpfen

Auf ihrer Klausur in Rust vergangene Woche haben die Fraktionsvorstände von SPD und CDU/CSU zwei Tage lang über Europa- und Flüchtlingspolitik sowie Elektromobilität und innere Sicherheit beraten. Am Ende wurden fünf Beschlusspapiere verabschiedet.

und weiter ausgebaut werden. Michelle Müntefering sagt dazu: „Ich freue mich besonders, dass zum ersten Mal die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ausdrücklich als ein Mittel zur Fluchtursachenbekämpfung genannt wird. Sie soll gestärkt werden.“

Elektromobilität weiter gefördert werden. verstärkt für Elektromobilität werden.

Innere Sicherheit wird zu einem Investitionsschwerpunkt der Koalition. Personelle Stärkung, verbesserte Ausbildung der Polizei und Verbesserung des Opferschutzes sind die Ziele der nächsten Monate. Darüber hinaus soll die europäische Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus durch die Einrichtung eines europäischen Terror-Abwehrzentrums gestärkt werden. Weiterhin soll der Steuerbetrug u.a. durch Briefkastenfirmen bekämpft werden.

Fluchtursachenbekämpfung

Weltweit sind mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Unser Ziel ist es, die Zahl der nach Deutschland kommenden flüchtenden Menschen deutlich zu senken. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) Entwicklungspolitik, Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention sind dabei die wesentlichen strategischen Ausrichtungspunkte. Als zentrales Element der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik soll diese weiter aufgewertet, finanziell gestärkt, konzeptionell weiterentwickelt

Handlungsfähigkeit und Zusammenhalt in der EU sichern

Die Koalitionsfraktionen sprechen sich für eine Überarbeitung des europäischen Asylsystems – insbesondere die so genannte Dublin-III-Verordnung – aus sowie für die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und mehr Abstimmungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Damit die Automobilindustrie in Zukunft bestehen kann, soll die

Besserer Einbruchsschutz

Die Finanzierung des Programms zur Prävention vor Einbrüchen wird aufgestockt.

JUGEND

Robert-Brauner-Schüler im Parlament



Über einen ganz besonderen Besuch freute sich Michelle Müntefering in der vergangenen Woche: Mit großem Interesse verfolgten die Schülerinnen und Schüler der Robert-Brauner-Förderschule aus Herne das politische Geschehen in Berlin. Neben einem Gespräch mit ihrer Bundestagsabgeordneten sowie anschließender Diskussion stand ein Besuch auf der Kuppel des Reichstags auf dem Programm der Schülerinnen und Schüler.



GIRL'S DAY

Bochumer Schülerin zu Gast im Bundestag



62 Mädchen aus ganz Deutschland haben in diesem Jahr die Einladung der SPD-Fraktion genutzt, einen Einblick in das Berufsfeld einer Bundestagsabgeordneten zu bekommen.

Was macht eigentlich eine Bundestagsabgeordnete? Wie steht es in der Politik mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Und wie ist der Gang der Gesetzgebung? Auf diese und weitere Fragen bekamen die Teilnehmerinnen des Girls' Days Antworten aus erster Hand und ganz persönliche Einblicke in die Arbeitswelt der SPD-Abgeordneten.

Schülerin aus Bochum

Zu Besuch bei Michelle Müntefering war Jasmin Ahmeti, Schülerin der Willy-Brandt-Gesamtschule in Bochum. „Es hat wirklich großen Spaß gemacht“, so Jasmin Ahmet am Ende des spannenden Tags, prall gefüllt mit Programmpunkten. Schon beim gemeinsamen Frühstück im SPD-Fraktionssaal lernten die 14- bis 19-Jährigen die Parlamentarische Geschäftsführerin Petra Ernstberger und viele weitere SPD-Abgeordnete persönlich kennen, bevor sich im Anschluss der Fraktionsvorsit-

zende Thomas Oppermann persönlich für die Fragen der Schülerinnen Zeit nahm. Unter dem Motto „Frauen (M)acht Politik!“ wurde im Anschluss Tacheles geredet – über die Chancen und Herausforderungen für Frauen im Politikbetrieb. Vor allem die jüngeren Nachwuchspolitikerinnen wie Michelle Müntefering, Susann Rüttrich oder Sarah Ryglewski erzählten den Girls-Day-Teilnehmerinnen von ihrem Weg in die Politik und von persönlichen Erlebnissen, die sie aufgrund ihres Geschlechts erlebt haben.

Auch in der Politik galt laut Müntefering lange der Spruch: Frauen müssen sich für ihren Erfolg mehr anstrengen als Männer. Doch die Zeiten änderten sich allmählich, so Müntefering. „Wir kämpfen weiter dafür. Und auch ihr habt es mit in der Hand“, appellierte die SPD-Politikerin an die Mädchen.

Auch Ryglewski erzählte, wie sie sich nach ihrer Mandatsannahme „gut gemeinte“ Kommentare anhören musste wie: „Was wird denn jetzt aus deinem Lebensgefährten?“ oder „Schade, dass sich damit für dich das Thema Kinderkriegen erledigt hat“.

Susann Rüttrich, die selbst innerhalb dieser Legislaturperiode Mutter geworden ist, machte den Mädchen Mut: Sie müsse sich zwar häufig behaupten. Aber Kinder könne man bei der SPD einfach mit in die Fraktions-sitzung nehmen. Das machen bei der SPD-Fraktion übrigens ab und an auch die Männer.

Demokratische Prozesse selbst erleben

Wie Politik in der Praxis abläuft, konnten die Mädchen ebenfalls erleben: Die Schülerinnen bekamen eine Führung durch den Bundestag, konnten SPD-Abgeordnete in ihren Büros besuchen und erhielten die Möglichkeit, eine Debatte im Plenarsaal live zu verfolgen.

Politische Meinungsbildung und die Entwicklung von Gesetzen dauert mehr als einen Tag. Um den Mädchen dennoch einen Einblick in die politischen Prozesse zu geben, organisierte die SPD-Fraktion in Kooperation mit dem Team von PolitikParcours ein Planspiel, in dem die Jugendlichen die Gesetzgebung auf Bundesebene am Beispiel „Wählen ab 16“ simulierten.

Und wie fiel das Fazit der Mädchen nach dem Girls' Day aus? Neben viel Lob für das abwechslungsreiche Programm und die persönlichen Einblicke, lasen die Mitarbeiterinnen der Fraktion besonders häufig folgende Sätze auf den Feedbackzetteln der Teilnehmerinnen: „Das Leben einer Politikerin ist sehr stressig“ bzw. „mir zu verantwortungsvoll“, und „Es ist nicht leicht, Gesetze zu schaffen und zu ändern“.

RENTEN-DEBATTE

Gesetzliche Altersvorsorge stärken

Renten- und Gesundheitspolitik standen im Mittelpunkt der Diskussion der Bundestagsabgeordneten Michelle Müntefering mit der AfA-Betriebsgruppe der Knappschaft Bahn-See. Über die Veranstaltung berichtet Michelle Müntefering:

„Die Mitarbeiter der Knappschaft sind die Fachleute von der Basis, ihre Hinweise sind sehr nützlich. Mich interessiert vor allem die Zukunft der privaten Altersvorsorge und des Rentensystems, aber auch Themen der Prävention im Gesundheitsbereich. Deswegen bin ich froh, meine Positionen immer wieder mit den Experten und Praktikern austauschen zu können. Die gerade verkündete Steigerung der gesetzlichen Rente um über 4% beweist die Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung und zeigt: die umlagefinanzierte Rente ist immer noch die sicherste Altersvorsorge. Sicher sind auch all die Riester-Renten, die bereits abgeschlossen sind.

Private Altersvorsorge ist zu kompliziert

Zukünftig braucht es aus meiner Sicht hier aber Veränderungen. Denn die derzeitige staatlich geförderte private Altersvorsorge ist zu kompliziert, teuer und die Rendite in Zeiten der Nied-

rigizinspolitik gering. Die privaten Versicherer machen ein Zusatzgeschäft, das von den Erträgen der Versicherten abgezogen wird, dabei können sich Geringverdiener eh schon kaum eine Zusatzversorgung leisten. Deswegen muss man auch darüber nachdenken, Zahlungen aus freiwilliger Vorsorge nicht auf die Grundsicherung im Alter anzurechnen. Das wäre gerade für Geringverdiener etwas mehr Gerechtigkeit.

Drohende Altersarmut

Klar ist auch: Bereits vorhandene oder drohende Altersarmut hat vielfache Ursachen. Ein sinkendes Rentenniveau ist nur eine davon. Altersarmut geht vor allem auf brüchige und unstete Erwerbsbiografien zurück: durch Phasen der Arbeitslosigkeit, Familienphasen, geringfügige Beschäftigung, langanhaltende oder gar dauerhafte Teilzeitbeschäftigung, nicht abgesicherte Selbstständige Tätigkeiten. Hinzu kommt das Armutsrisiko Niedriglohn. Deshalb müssen wir auch an unterschiedlichen Stellen ansetzen, um Altersarmut zu verhindern: Dabei gilt in erster Linie der Zusammenhang Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente. Deshalb haben wir den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt. Deshalb versuchen wir die Tarifbindung wieder zu stä-



Kai Rauschenberg, stellv. Vorsitzender der AfA-Betriebsgruppe Bahn-See, mit Michelle Müntefering.

ken. Deshalb verbessern wir die Bedingungen für gleiche Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben. Deshalb stärken wir in dieser Legislaturperiode das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit – für Frauen und Männer ebenso wie in der Leiharbeit. Aber auch in der Rentenpolitik wurden und werden in dieser Legislaturperiode wichtige Schritte zur Bekämpfung von Altersarmut unternommen. Dies gilt für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, für die Stärkung von Prävention und Rehabilitation und für weitere Verabredungen im Koalitionsvertrag. Schnellschüsse in Rentenfragen sind nicht sinnvoll. Wir brauchen ein solides Gesamtkonzept, wie seit langen von der SPD gefordert. Dazu gehört auch eine ausführliche Diskussion.“

SICHERHEIT

Herner THW-Vorstand bei SPD- Sicherheitskonferenz

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Michelle Müntefering nahmen die THW-Ortsbeauftragten Aimo Glaser (THW Ortsverband Wanne-Eickel) und Sven Eric Lechner (THW Ortsverband Herne) an der Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion zur Sicherheit in Deutschland teil. Michelle Müntefering: „Alle

Menschen in Deutschland müssen sicher sein und sich sicher fühlen. Sie haben das Recht, vor Kriminalität geschützt zu werden. Gleichzeitig haben Ängste und Unsicherheiten in der Bevölkerung zugenommen. Wie das zu schaffen ist, darüber hat die SPD-Bundestagsfraktion mit Experten von Polizei, Feuerwehr, Technischen Hilfswerk

und anderen Verbänden aus ganz Deutschland diskutiert. Mit dabei war auch das THW Herne und Wanne-Eickel. Ich freue mich, dass unsere örtlichen Experten ihre große Erfahrung im Katastrophenschutz einbringen konnten.“

„Die Experten sind einig, dass Deutschland im Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz grund-





sätzlich gut aufgestellt ist und wir die bekannten Schadensszenarien beherrschen“, stellt Aimo Glaser fest. „Allerdings müssen wir uns dringend auf neue Herausforderungen einstellen, wie z.B. Cyberattacken und Terrorgefahr.“

Über 200 engagierte Herner

Dazu sind in allen beteiligten Bereichen zusätzliche finanzielle Mittel erforderlich“, fordert der Ortsbeauftragte des THW Wanne-Eickel. Übereinstimmend betonten die beiden Ortsbeauftragten die große Bedeutung der ehrenamtlichen Helfer. Sven Leichner unterstreicht: „Alleine in den Ortsverbänden Herne und Wanne-Eickel engagieren sich über 200 Menschen für diese Arbeit. Es kann aber nicht sein, dass diese Einsatzkräfte sich vermehrt Angriffen oder Tötlichkeiten ausgesetzt sehen,



wenn sie ihre Arbeit für den Schutz der Bevölkerung verrichten. Hier ist die Politik gefordert, sich stärker für den Schutz der Helfer einzusetzen“, so Sven Leichner weiter. „Die auf der Konferenz genannten Überlegungen zusätzliche Anreize für ein Engagement zu schaffen,

beispielsweise bei der Suche nach Studienplätzen, bitten wir ausdrücklich zu prüfen.“ Einig waren sich Aimo Glaser (Foto li.), Sven Erich Leichner (re. im Bild) und Michelle Müntefering, dass Herne ist gut aufgestellt ist, wenn es um den Zivil- und Katastrophenschutz geht.

ENERGIE RUHRGEBIET

NRW-Landesabend mit der RAG



Der Einladung der Ruhrkohle AG zum Thema „Was uns zusammenhält: gemeinsame Verantwortung und Zukunft in NRW“ folgten zahlreiche Bundestagsabgeordnete, vor allem aus dem Ruhrgebiet. Auch die Herne Bundestagsabgeordnete Michelle Müntefering nutzte die Gelegenheit, sich über den Verlauf des Kohleausstiegs und

dessen Auswirkungen auf die Zukunft des Ruhrgebiets zu informieren. Der Rückzug des Bergbaus vollzieht sich planmäßig und verlässlich, drei Viertel des Weges von der Kohlepolitischen Verständigung 2007 bis zur Beendigung des aktiven Steinkohlenbergbaus sind erfolgreich absolviert, berichteten die RAG-Vertreter. Die RAG AG sieht sich aber nicht nur in der Verantwortung für den Rückbau und die Ewigkeitskosten des Bergbaus, das wichtigste Anliegen der RAG-Stiftung ist die Gestaltung der Zukunft des Ruhrgebiets. Neben der Flächenentwicklung der bisher vom Bergbau genutzten Flächen gehören dazu unter anderem auch die innovative Nutzung von Grubengas und Grubenwasser zur Energiegewinnung. Die Ruhrkohle AG arbeitet dabei mit Firmen, Uni-

versitäten und Forschungseinrichtungen zusammen, um neue Ideen zu entwickeln und umzusetzen.

„Der Kohleausstieg ist kein Stilllegungsprojekt, sondern unmittelbar mit der Umgestaltung des Ruhrgebiets verbunden. Die RAG ist ein wichtiger Partner des Ruhrgebiets – heute und morgen“, so Michelle Müntefering.

Im Bild zu sehen: v.l.n.re:

Bernd Tönjes, Vorsitzender des Vorstandes der RAG Aktiengesellschaft, Michelle Müntefering, MdB, Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen, Michael Weberink, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes Steinkohle e.V.



IMPRESSUM:

Michelle Müntefering , MdB

Michelle Müntefering
Platz der Republik 1
11011 Berlin
[030 / 227 - 7 31 34](tel:03022773134)
michelle.muentefering@bundestag.de

Wahlkreis:
Bochumer Str. 26
44623 Herne
Telefon: 02323/94 91 35
Fax: 02323/94 91 16
E-Mail:
michelle.muentefering@bundestag.de





Unter der Kuppel

Für Herne-Bochum II

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Michelle Müntefering
und der SPD-Bundestagsfraktion

20. Mai 2016

Liebe Leserinnen und Leser,
Liebe Genossinnen und Genossen,
wieder ist eine Sitzungs-
woche rum, wieder ist
etwas erreicht!
Endlich haben wir es
geschafft, die Blockade
von CDU/CSU bei der
Regulierung der Leihar-
beit aufzubrechen. Es
wird Zeit! Denn niedrige

Löhne sind Gift für die
Gesellschaft und unsere
soziale Absicherung. Wir
gehen Schritt für Schritt
voran. Gefreut habe ich
mich auch über die Ju-
gendlichen, die sich am
Otto-Wels-Preis mit
wunderbaren Beiträgen
zu Europa beteiligt ha-
ben - schaut doch mal,
wen ich unter den Ge-
winnern getroffen habe!

Die Fluchtkrise be-
schäftigt uns im Parla-
ment auch weiter, auch
wenn die Zahl der in
Deutschland ankome-
nden Menschen aktu-
ell zurückgegangen ist.
Langfristig werden wir
das Problem nur lösen,
wenn wir wegkommen
von einem internationa-
len Protektionismus, der

andere Länder benach-
teiligt.

Das habe ich auch in
meiner letzten Rede im
Bundestag gesagt, die
ihr hier, wie auch die
anderen aktuellen The-
men, noch einmal nach-
lesen könnt.
Herzliche Grüße
Eure

Michelle Müntefering

TOP-THEMA

Missbrauch bei Leiharbeit bekämpfen!

Der Koalitionsausschuss hat nach
monatelanger Blockade – vor
allem durch die CSU – endlich
den Weg frei gemacht, um den
Missbrauch von Leiharbeit und
Werkverträgen zu bekämpfen.
Der Gesetzentwurf von Bundes-
arbeitsministerin Andrea Nahles
(SPD) kann nun mit kleinen Ände-
rungen ins Kabinett und danach
ins Parlament eingebracht wer-
den.

Erstmals in der Geschichte eine gesetzliche Regelung

„Wir haben zum ersten Mal in
der Geschichte überhaupt eine
gesetzliche Regelung, die ganz
eindeutig die Rechte der Leihar-

beitnehmer stärkt. Wir haben
zum ersten Mal überhaupt Re-
geln, damit Werkverträge nicht
missbraucht werden“, betonte
Andrea Nahles anlässlich der Eini-
gung der Koalitionspartner.
„Für über eine Million Leiharbeit-
nehmerinnen und Leiharbeitneh-
mer wird es nun endlich klare
Regeln für ihren Einsatz in
Fremdfirmen geben“, bekräftigte
die stellvertretende SPD-
Fraktionsvorsitzende Carola Rei-
mann. Dieses sei die Grundlage
für gute und sichere Arbeit dieser
Beschäftigten.

„Gerechtigkeit heißt für die SPD
gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
Viele Menschen haben darauf

gewartet, dass Missbrauch und
Lohnrückerei bei Leiharbeit und
Werkverträgen verhindert wer-
den“, erklärte die arbeits- und
sozialpolitische Sprecherin der
SPD-Fraktion, Katja Mast. Bun-
desarbeitsministerin Andrea Nah-
les habe sich dafür mit viel Stand-
haftigkeit eingesetzt. Mit Unter-
stützung der SPD-
Bundestagsfraktion habe Nahles
erreicht, dass die CDU/CSU ihre
Blockadehaltung endlich aufge-
geben habe.

Die wichtigsten Regelungen:

- Künftig dürfen Leiharbeitneh-
merinnen und Leiharbeitnehmer
nur noch 18 Monate in einem

Themen in dieser Ausgabe:

- Missbrauch bei Leiharbeit bekämpfen
- Aktuelle Rede zur Flüchtlingspolitik
- Frühjahrsempfang der SPD
- Verleihung des Otto-Wels Preises
- Steuerverwaltungssystem modernisiert
- Mehr Möglichkeiten für freies W-LAN
- Michelle Münteferings Kritik zu sicheren Staaten
- Reform zum Behinderten-
gleichstellungsgesetz
- Mehr Wettbewerb auf der
Schiene
- Keine Wiederzulassung von
Glyphosat
- Hilft für Mali und Fortsetzung
von ATALANTA
- Soldatenbeteiligungsgesetz
soll geändert werden
- Spitzengespräch mit türki-
schem Oppositionsführer
- Diskussion in der Akademie
der Künste
- Gerald Asamoah bei Kuppel-
knappen
- Verleihung des Otto-Wels-
Preises
- Zu Gast bei Michelle Münte-
fering in Berlin

SPD



Entleihbetrieb arbeiten. Wird diese Grenze überschritten, muss eine Einstellung der Leiharbeiter erfolgen. Eine längere Ausleihe soll nur dann möglich sein, wenn es entweder eine Tarif- oder eine Betriebsvereinbarung dazu gibt.

- Zudem soll ab Inkrafttreten des Gesetzes gelten, dass Leiharbeiter nach neun Monaten den Anspruch auf die gleiche Bezahlung wie die Stammbeslegschaft haben. Hier kann nur abgewichen werden, wenn Branchenzuschlagstarife zwischen den Tarifparteien vereinbart wurden. Diese müssen bereits nach sechs Wochen Zuschläge vorsehen und spätestens nach 15 Monaten muss ein Lohn erreicht werden, der mit dem tarifvertraglichen Arbeitsentgelt eines vergleichbaren Arbeitnehmers in der Einsatzbranche übereinstimmt.

- Leiharbeiter dürfen nicht als Streikbrecher eingesetzt werden.

- Gegen die missbräuchliche Nut-

zung von Werkverträgen soll durch die Pflicht zur Offenlegung der Arbeitnehmerüberlassung und die Abschaffung der so genannten Vorratsverleiherlaubnis vorgegangen werden. So wird Arbeitgebern, die mit illegalen Werkverträgen arbeitsrechtliche Schutzstandards umgehen wollen, die Möglichkeit genommen, diese später in Leiharbeit umzudeklarierten und nachträglich zu legalisieren. Zukünftig muss in einem solchen Fall dem Beschäftigten ein Arbeitsverhältnis bei dem Entleiher angeboten werden und das vermeintliche Werkunternehmen sowie der Entleiher müssen ein Bußgeld bezahlen. Diese Regelung soll eine abschreckende Wirkung auf schwarze Schafe haben.

- Außerdem wird anhand von der Rechtsprechung herausgearbeiteten Grundsätzen gesetzlich definiert, wer Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer ist. Dadurch soll die missbräuchliche Gestaltung von Fremdpersonaleinsatz

durch Werkverträge verhindert werden.

- Zudem werden die Informationsrechte des Betriebsrates gestärkt und gesetzlich festgeschrieben.

Mehr Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt

Bundesarbeitsministerin Nahles ist dankbar, dass die Einigung in der Koalition geklappt hat. Es sei ein großer Fortschritt, dass Leiharbeiter mit dem Gesetzentwurf verbriefte Rechte bekämen, die sie einklagen könnten.

Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist, wieder Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt herzustellen. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen sollen verhindern, dass Stammarbeitsplätze weiterhin durch den missbräuchlichen Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen gefährdet werden.

FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN

„Uns geht es dauerhaft nur gut, wenn es anderen gut geht“



Nach Einschätzung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) befinden sich rund 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Insgesamt halten sich fast 90 Prozent

der Flüchtlinge in Entwicklungsländern auf. In einem gemeinsamen Antrag von SPD und CDU/CSU fordern die beiden Fraktionen die Bundesregierung auf, weiterhin verstärkt die Fluchtur-

sachen zu bekämpfen, um die Lebenssituation der Geflüchteten strukturell zu verbessern

Michelle Müntefering sprach im Bundestag zur aktuellen Situation:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wadephul, ich bin bzw. wir als sozialdemokratische Fraktion sind so viel Lob von Ihnen gar nicht gewohnt. Dem Lob für unseren Minister, für die deutsche Außenpolitik, für die gemeinsame Außenpolitik und für die Entwicklungszusammenarbeit können wir uns nur anschließen. Denn es ist vollkommen richtig, dass wir für eine Friedenspolitik stehen und diese vorantreiben.





Was haben Sie davon?

Erlauben Sie mir eine Geschichte vorab, bevor ich zu der Frage der Fluchtursachen und Fluchtursachenbekämpfung komme, über die heute reichlich diskutiert wird. Im letzten Jahr habe ich vor ungefähr 600 ausländischen Studierenden gesprochen, die auf Einladung des DAAD mit einem Stipendium bei uns in Deutschland studieren. Auf der Bühne der Humboldt-Universität wurde darüber gesprochen, wie wir sie ins Land holen und ausbilden. Es ist erstaunlich, wie viele von ihnen später in ihr Land zurückgehen und dort für Wohlstand und Wachstum sorgen. Einer der Studenten meldete sich bei der Diskussion zu Wort - es war ein Student aus Afrika; er stand in der letzten Reihe - und fragte: Warum tun Sie das für uns? Was haben Sie davon? Ich fand, dass das eine kluge Frage war. Neben Dankbarkeit und wahrem Interesse schwang bei der Frage auch ein Misstrauen mit, das sich durch die Kolonialgeschichte und den Protektionismus der Wirtschaftsmächte in Europa tief in das Gedächtnis einiger Länder in der Welt eingegraben hat. Das zu verstehen, muss Teil dieser Debatte sein, in der wir über die Bekämpfung von Fluchtursachen sprechen.

4000 Menschen haben Bootsflucht nicht überlebt

Dieser Protektionismus, der andere durch Zoll- und Handelspolitik strukturell benachteiligt, ist natürlich darauf angelegt, dass wir schneller und noch stärker wachsen. Das ist nichts anderes als globalisierter Eigennutz. Libyen ist nicht erst seit heute, sondern schon seit Gaddafi das Haupttransitland auf der zentralen Route von Nordafrika über das Mittelmeer nach Italien. Seit 2014 gelangten über 300 000 Flüchtlinge von dort aus nach Europa. Im Jahr 2015 haben 4 000 Menschen die Bootsflucht

durch das Mittelmeer nicht überlebt. Seit dem Sturz Gaddafis wird offensichtlich, was den afrikanischen Kontinent schon sehr lange bewegt und inzwischen auch unseren. Der Gipfel in Valletta sollte die Lösung bringen: Geld für afrikanische Staaten, damit die Fluchtursachen vor Ort bekämpft werden können. Aber es stellt sich die Frage - vielleicht heute mehr denn je -, ob ein Hilfsfonds allein wirklich die Lösung sein kann, solange Märkte mit subventionierten Waren überschwemmt werden.

Das ist ein Grund für die massenhafte Migration von Menschen aus Afrika Richtung Norden. Faires Handeln ist ein Gebot der Menschenrechte, das ökonomisch auch noch Sinn macht. Deswegen lautete die Antwort, die ich dem jungen Mann gegeben habe: Wir brauchen keine schwachen Partner in der Welt, wir brauchen starke Partner.

Es wird uns dauerhaft nur gut gehen, wenn es auch anderen gut geht. Für unsere Außenpolitik heißt das, wegzukommen von einer Außenpolitik der Staaten hin zu einer Außenpolitik der Zivilgesellschaften. Denn eine Außenpolitik, die Zivilgesellschaften stärkt, ist auch eine Außenpolitik, die Fluchtursachen bekämpft. Als Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik habe ich mich sehr gefreut, dass diese in dem Beschluss der Fraktionsvorsitzenden unserer Koalition jetzt endlich als wirksames Mittel bei der Bekämpfung von Fluchtursachen mit genannt wird.

Außenminister mit unerschütterlicher Ruhe

Das Auswärtige Amt hat da in den letzten zwei Jahren Außerordentliches geleistet. Ich will nicht noch einmal wiederholen, was Kollege Wadephul gesagt

hat, aber eines ist, glaube ich, klar: Auf dem Weltparkett und auch hier in Berlin sucht unser Außenminister mit unerschütterlicher Ruhe, die nur ein Ostwestfale mitbringen kann, nach diplomatischen Lösungen für den Frieden. Wir brauchen diese Diplomatie dringend, damit ein Boden für die Verständigung geebnet wird. Versöhnen statt spalten - auf dem Boden wirkt auch die dritte Säule unserer Außenpolitik, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.

Mehr als ein Bett und ein Zelt

Humanitäre Hilfe ist mehr als ein Brot, ein Bett, ein Zelt. Es geht darum, Zukunftsperspektiven zu schaffen, Heimat zu stabilisieren und wieder aufzurichten. Lassen Sie mich sagen: Das Cash-for-Work-Programm ist gut. Aber vielleicht könnten wir noch etwas draufsetzen. „Education for Work“, das wäre eine Initiative, über die ich mich freuen würde. In diesem Sinne sollten wir das weiterentwickeln.

Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Alle Reden von Michelle Müntefering im Deutschen Bundestag sind zu sehen im Internet unter www.michelle-muentefering.de

SPD-FRÜHJAHRSEMPFANG

Das Motto: „Die Zukunft Europas“



Über den Besuch von Kirsten Eink, Landesgeschäftsführerin der überparteilichen Europa-Union NRW und Vorsitzende des Arbeitskreises Europa SPD in Herne, freute sich Michelle Müntefering bei strahlendem Sonnenschein—mit Blick auf die Reichstagskuppel. Auch sie war zu Gasts beim Frühjahrs-empfang der SPD-Fraktion.

Frieden. Freiheit. Wohlstand. Diese Begriffe waren die ersten, die den Protagonisten in den Sinn kamen, die in einem Kurzfilm erklären sollten, was Europa für sie bedeutet. Doch es fiel auch das Wort „anstrengend“. Und das kann es ja auch sein. „Wir müssen das Haus Europa immer wieder schützen und stärken“. So beschrieb SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann die Herausforderung Europa.

Rund 1000 Gäste waren ins Reichstagsgebäude gekommen, um am traditionellen Frühjahrs-empfang der SPD-Bundestagsfraktion teilzunehmen. Der Abend stand unter dem Motto „Zukunft Europa(s)“.

Gastgeber Thomas Oppermann

„Das Gastgeber Thomas Oppermann bekräftigte, dass die Sozialdemokraten von jeher „leidenschaftliche und überzeugte Europäer“ seien – sich aber Sorgen machten. Denn: „Das europäische Haus hat Risse.“ Das Fundament stehe zwar, zurücklehnen sei aber nicht angesagt. Oppermann: „Es gibt Zeichen der Hoffnung“. Wenn es gelinge, die zentralen sozialen

und ökonomischen Probleme Europas zu lösen, und wenn wir die EU zu einer politischen Union weiterentwickeln, dann können wir ein wirklich geeintes, solidarisches Europa schaffen“. Das wäre ein Europa, in dem „alle Bürgerinnen und Bürger in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben können“. Darauf machte auch der Ehrengast des Abends aufmerksam: der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault. Er erklärte in fließendem Deutsch, dass sein Präsident, Francois Hollande, die Äußerung, Ayrault sei „ein Sozialdemokrat deutscher Prägung“, als Kompliment gemeint habe. Für Ayrault ist die Verbindung von Europas Ländern vor allem „jene Energie, die wir aus den Traumata der Kriege gewonnen haben: ein Europa des Friedens schaffen“. Weltweit sei die Europäische Union ein „einzigartiges Modell“. Daraus erwachse die Verpflichtung, dass sich Europa hinter seine Werte stelle. Ayrault: „Europa ist nicht das Problem, sondern die Lösung!“

Ehrung junger Menschen

Im Anschluss moderierte die Journalistin Angela Elis eine kur-

ze Talkrunde mit Thomas Oppermann, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault. Danach wurden unter der Laudatio der Schauspielerin und Sängerin Jasmin Tabatabai die Preisträgerinnen und Preisträger des diesjährigen „Otto-Wels-Preises für Demokratie“ geehrt.

Das sind junge Menschen, die sich kreativ mit der europäischen Idee befasst haben.





FINANZEN

Bahn frei für moderne Steuerverwaltung

Der Großteil der Steuererklärungen soll künftig vollautomatisch bearbeitet werden; das hat in der vergangenen Sitzungswoche der Bundestag beschlossen. Durch diese Vorgehensweise sollen Beschäftigte in den Finanzämtern von Routinearbeiten entlastet und zusätzliche Kapazitäten für die Bearbeitung komplizierter Sachverhalte geschaffen werden.

Durch das Steuermodernisierungsgesetz werden die rechtlichen Grundlagen für eine umfassende Anwendung moderner Informationstechnologien der Steuerverwaltung geschaffen. Trotz der stärkeren Beachtung von Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten im Besteuerungsverfahren wird es keine Abstriche

bei den rechtsstaatlichen Prinzipien, etwa dem Anspruch auf rechtliches Gehör der Steuerpflichtigen geben. Frank Junge, zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion, betont: „Mit dem Steuermodernisierungsgesetz wird ein umfassendes Maßnahmenpaket umgesetzt, das die Bearbeitung von Steuererklärungen schneller und effizienter gestalten soll. Das Gesetz ist die Basis für eine automatisierte und computergestützte Steuerfestsetzung, die Bürgerinnen und Bürger sowie Finanzverwaltungen gleichermaßen entlastet.“

Mindestzuschläge von 50 Euro auf 25 Euro pro Monat gesenkt

Die SPD-Fraktion hat außerdem dafür gesorgt, dass die Belange

der Steuerpflichtigen nicht zu kurz kommen. So wurden auf Betreiben der Sozialdemokraten die zunächst vorgesehenen automatischen Mindestverspätungszuschläge für von Steuerberatern zu spät eingereichte Steuererklärungen abgesenkt. Statt der geplanten Mindestzuschläge von 50 Euro für jeden angefangenen Verspätungsmonat, wird nunmehr ein Zuschlag von 25 Euro erhoben. Für unberatene Steuerpflichtige, die ihre Steuererklärung selbst einreichen, wird es keine automatische Festsetzung von Verspätungszuschlägen geben. Bei ihnen wird ein Verspätungszuschlag wie bisher nur im Einzelfall und nach pflichtgemäßem Ermessen des Finanzbeamten festgesetzt.

BREITBANDAUSBAU

„Mehr Möglichkeiten für freies W-LAN“

Der Bundestag hat in erster Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum erleichterten Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze beraten. Ziel des Gesetzesvorhabens ist es, die Kosten für den Breitbandausbau in Deutschland durch effizientere Verfahren und mehr Transparenz zu senken.

Dazu die Bundestagsabgeordnete Michelle Müntefering sowie der SPD-Landtagsabgeordnete Alexander Vogt:

Zur Einigung der Großen Koalition im Bund in Sachen WLAN-Gesetz erklären die Herner Bundestagsabgeordnete Michelle Müntefering und Alexander Vogt, medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag:

Störerhaftung abgeschafft

„Die SPD hat sich auf der Bundesebene durchgesetzt. Die Störerhaftung wird abgeschafft. Damit wird der Weg für die zukünftige Entwicklung von offenen WLAN-Netzen frei. Damit erhalten wir eine vernünftige Regelung, die in vielen anderen europäischen Ländern üblich ist. Freie Netzzugänge kommen damit in Deutschland voran. In Herne sind bereits verschiedene Freifunk-Projekte auf den Weg gebracht oder in Planung. Auch diese profitieren von der Neuregelung.“, erklärt die Herner Bundestagsabgeordnete Michelle Müntefering.

SPD-NRW fördert seit Jahren freies WLAN-Netz

„In NRW setzt sich die SPD-geführte Landesregierung seit mehreren Jahren für die Förde-

rung von freien WLAN-Netzen ein. Der Landtag hat dazu verschiedene eindeutige Beschlüsse gefasst. Durch die Entscheidung auf Bundesebene wird unseren Forderungen endlich nachgekommen. Freie und offene Internetzugänge sind für uns Voraussetzung einer modernen Infrastruktur. Darum fördern wir Projekte in den Kommunen auch finanziell. Mit der heutigen Einigung können nun mehr offene WLAN-Zugänge von privaten und nebengewerblichen Anbietern geschaffen werden. Es wird Rechtssicherheit geschaffen, von denen auch Café- und Restaurantbetreiber und viele andere Anbieter mit offenen Netzen profitieren“, so der SPD-Landtagsabgeordnete Alexander Vogt.



INNERES

Kritische Haltung zur Einstufung sicherer Staaten

Um Asylverfahren zu beschleunigen, wurde im Bundestag beschlossen, Marokko, Algerien und Tunesien als so genannte sichere Herkunftstaaten einzustufen. Das Recht einer individuellen Prüfung von Antragstellern im Asylverfahren bleibt hiervon unberührt.

Die Bundestagsabgeordnete Michelle Müntefering nahm hierzu jedoch eine kritische Haltung ein und erklärte:



„Die Ausweitung der Einstufung von Ländern als sichere Herkunftstaaten sehe ich grundsätzlich als problematisch an. Unser Asylrecht beruht auf dem individuellen Grundrecht auf Asyl, das eine Einzelfallprüfung

zwingend verlangt. Ich lege großen Wert darauf, dass dieses Grundrecht in jedem Einzelfall erhalten bleibt und zu einer individuellen Prüfung jedes einzelnen Schicksals führt, wenn Gründe für eine Verfolgung im Herkunftsland vorgetragen werden. Auch wenn die Anerkennungsquote bei den im hier vorliegenden Gesetzentwurf genannten Ländern niedrig ist, verdient jeder Einzelfall Beachtung.

Flüchtlinge auf Europa verteilen

Statt einer Ausweitung des Systems der „sicheren Herkunftstaaten“ brauchen wir eine europäische Flüchtlingspolitik, die die Flüchtlinge auf die europäischen Länder verteilt. Ich erkenne an, dass dies das Bemühen der Bundesregierung ist. Weiterhin brauchen wir – gerade um das Asylrecht in seiner Bedeutung zu erhalten und zu stärken – andere, legale Wege, wie Menschen nach Deutschland kommen können, die keinen Asylgrund haben, aber bei uns leben und arbeiten wollen, wie z. B. ein echtes Einwanderungsgesetz. Ich betone ausdrücklich, dass die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Bericht vorlegen muss, ob die Vo-

raussetzungen für die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat weiter vorliegen. Das ermöglicht auch, Staaten wieder von dieser Liste zu nehmen. Diese Überprüfung halte ich für sinnvoll und wichtig.

Die Einstufung der Länder Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftstaaten haben die Vorsitzenden der die Regierungskoalition tragenden Parteien im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zur Optimierung und Beschleunigung der Asylverfahren beschlossen. Ziel ist dabei, schneller Rechtssicherheit herzustellen, damit diejenigen Flüchtlinge, die bei uns bleiben werden, schnell integriert werden können und alle dafür notwendigen Maßnahmen erhalten, aber auch damit diejenigen Flüchtlinge, die keinen Bleibegrund haben, schneller wissen, dass sie unser Land wieder verlassen müssen. Da ich diese Vereinbarung mittrage, stimme ich dem vorliegenden Gesetzentwurf trotz grundsätzlichen Bedenken zu..“

VERKEHR

Mehr Wettbewerb auf der Schiene

Mehr Wettbewerb ist gut für Qualität und Innovation – auch im Bahnbereich. Davon profitieren vor allem die sieben Millionen Fahrgäste, die täglich mit der Bahn durch Deutschland reisen. Die wesentlichen Kernpunkte des Entwurfs sind eine weitere Sicherung des diskriminierungsfreien Zugangs zur Ei-

senbahninfrastruktur und die Regulierung der Entgelte für die Schienennutzung. Schwerpunkt hierbei ist die transparentere Entgeltregulierung, durch die den Betreibern der Schienenwege Anreize zur Senkung der Infrastrukturkosten und der Trassenentgelte gegeben werden. Kirsten Lühmann und Martin

Burkert, die zuständigen Berichterstatter der SPD-Fraktion, betonen: „Die SPD-Fraktion wird im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens darauf achten, dass an bestimmten Punkten nachgebessert wird und zum Beispiel auch die Belange der Bundesländer besser ihre Berücksichtigung finden.“





SOZIALES

Reform zum Behindertengleichstellungsgesetz

Fast 14 Jahre nach Inkrafttreten des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) und sieben Jahre nach dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Deutschland, ist es an der Zeit, das BGG weiterzuentwickeln. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat der Bundestag in 2./3. Lesung beschlossen. In der Debatte machte Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) deutlich, dass die Reform des BGG ein wichtiger Schritt im Inklusionsprozess sei.

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen voranbringen

Ziel ist es, die Teilhabe in verschiedensten Lebensbereichen für Menschen mit Behinderungen voranzubringen. Die Reform des BGG stellt gemäß der UN-BRK klar, dass Behinderungen nicht nur an einer Person festzumachen sind, sondern vielmehr ein Ergebnis von Beeinträchtigungen durch Barrieren sind. Deshalb sieht der Kern des Gesetzes vor, Barrieren im baulichen und im kommunikativen Bereich in Behörden des Bundes zu beseitigen. Seit 2002 müssen bauliche Barrieren nur bei Neubauprojekten oder Baumaßnahmen des Bundes in einem finanziellen Umfang ab 2 Millionen Euro beseitigt werden. Kleinere Maßnahmen sind davon ausgenommen. Das ändert sich mit der BGG-Novelle, nun muss Barrierefreiheit generell in den bestehenden Gebäuden hergestellt werden. Zusätzlich zu den Internetauftritten der Bundesbehörden, die bereits seit 2002 barrierefrei sein müssen, wird dies nun auf das Intranet, die Vorgangsbearbeitung für Beschäftigte des Bundes sowie auf Apps und sonstige Anwendungen

der Verwaltung für mobile Endgeräte ausgedehnt. In der parlamentarischen Beratung konnte die SPD-Fraktion durchsetzen, dass für den Abbau von baulichen und kommunikativen Barrieren verbindliche und überprüfbare Maßnahmen- und Zeitpläne vorliegen müssen. Ein Meilenstein für die Inklusion ist, dass die Bundesbehörden nun vermehrt Informationen in Leichter Sprache bereitstellen sollen. Ab 2018 werden sie Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen Be-scheide in Leichter Sprache kostenfrei erläutern.

Alle Hilfsmittel nutzen

Außerdem wird im Gesetz klar-gestellt, dass Barrierefreiheit auch bedeutet, alle notwendigen Hilfsmittel nutzen zu dürfen. Beispielsweise tragen auch Blindenführ- und Assistenzhunde dazu bei, Barrieren zu überwinden, deshalb sollen sie stets mitgeführt werden können. Darüber hinaus soll es Verbesserungen beim Benachteiligungsverbot geben. Das bedeutet, wenn angemessene Vorkehrungen, wie Gebärdensprachdolmetscher, eine bauliche Veränderung oder die Bereitstellung einer barrierefreien PDF-Datei, für Menschen mit Behinderungen durch Träger der öffentlichen Gewalt versagt werden, gilt dies als Benachteiligung. Das BGG erkennt auch an, dass eine besondere Situation der Benachteiligung aus mehreren Gründen wie Behinderung und Geschlecht vorliegen kann. Davon werden insbesondere Frauen mit Behinderungen profitieren, die häufig mehrfache Diskriminierung erfahren. Zur Unterstützung der Umsetzung von Barrierefreiheit soll

bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See eine Bundesfachstelle eingerichtet werden, die die öffentliche Verwaltung, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft beim Abbau von Barrieren berät. Darüber hinaus soll die Wirksamkeit des BGG durch eine neue Schlichtungsstelle für Konflikte im öffentlich-rechtlichen Bereich, die bei der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen angesiedelt wird, gestärkt werden. Durch Schlichtungsverfahren können Menschen mit Behinderungen ihre Rechte zunächst außergerichtlich geltend machen. Ein solches Schlichtungsverfahren soll auch Verbandsklagen vorgeschaltet werden.

Förderung von Verbänden

Die Förderung der Beteiligung von Verbänden von Menschen mit Behinderungen – vor allem von Selbsthilfeorganisationen – an politischen Prozessen durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird rechtlich verankert. Dafür stehen 2016 Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 Euro und 2017 1 Million Euro zur Verfügung. Gefördert werden unter bestimmten Voraussetzungen Kommunikationshilfen, Verbesserungen der technischen Infrastruktur und Fortbildungen. In Deutschland leben mehr als zehn Millionen Menschen mit Behinderungen, davon sind 7,5 Millionen Schwerbehinderte.



UMWELT

„Wir sind gegen die Wiedezulassung von Glyphosat“

Fraktionsvizein für Umwelt Ute Vogt, äußert sich zum umstrittenen Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat: „Für uns gilt das Vorsorgeprinzip, wonach nur zugelassen werden darf, was zweifelsfrei nicht gesundheitsschädlich ist“, so Ute Vogt.

„Es ist und bleibt für die Menschen in Europa sehr irritierend,

dass zwei WHO-assoziierte Institutionen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, ob Glyphosat krebserzeugend ist oder nicht. Diese wissenschaftlichen Verunsicherungs-Debatten werden bei der SPD natürlich nicht zu einem Umdenken führen. Im Gegenteil: Wir sind weiterhin gegen die Wiedezulassung von Glyphosat. Denn für uns gilt das

Vorsorgeprinzip, wonach nur zugelassen werden darf, was zweifelsfrei nicht gesundheitsschädlich ist.

Analog zu einer gesetzlichen Regelung sollte allerdings über eine sinnvolle Übergangsfrist nachgedacht werden, um Härtefälle in der Landwirtschaft weitgehend zu vermeiden.“

AUSSENPOLITIK

Weitere Hilfe für Mali beschlossen

Der Bundestag einen Antrag der Regierung zur weiteren Beteiligung an der Militärmission der EU zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali) in namentlicher Abstimmung beschlossen. Sie wird demnach

um ein weiteres Jahr verlängert, wobei die personelle Obergrenze bei den deutschen Soldatinnen und Soldaten abgesenkt wird. Die Mission, die im Februar 2013 zum ersten Mal eingesetzt wurde, hat das Ziel, die

malische Regierung darin zu unterstützen, eigenständig die Stabilisierung des Landes gewährleisten und den Friedensprozess weiterführen zu können.

AUSSENPOLITIK

EU-Operation ATALANTA wird fortgesetzt

Seit 2008 beteiligt sich Deutschland an der EU-geführten Operation ATALANTA, die die Piraterie an der Küste Somalias bekämpft. Diese Operation wird nun, auch unter deutscher Beteiligung erneut verlängert. Das hat der Bundestag am Donners-

tag in einer namentlichen Abstimmung beschlossen. Das Seegebiet vor Somalia, vor allem den Golf von Aden sicher und offen zu halten, bleibt eine wichtige Aufgabe internationaler Sicherheitspolitik und liegt damit auch im unmittelbaren

Interesse Deutschlands. Zusätzlich sorgt der sichere Wasserweg dafür, dass der Transport benötigter humanitärer Lieferungen nach Somalia durchgeführt werden kann.

VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Soldatenbeteiligungsgesetz soll geändert werden

In erster Lesung hat das Parlament am Donnerstag den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung soldatenbeteiligungs- und personalvertretungsrechtlicher Vorschriften beraten.

Amtszeit verlängern

Das Soldatenbeteiligungsgesetz (SBG) wurde zuletzt 1997 novelliert. Aufgaben und Strukturen der Bundeswehr haben sich

seitdem deutlich verändert. Der Koalitionsvertrag benennt die Novellierung des SBG als Kernvorhaben. Die Änderungen sollen insbesondere der Neuausrichtung der Bundeswehr Rechnung tragen. Unter anderem soll die Position der Vertrauenspersonen deutlich gestärkt werden. So sollen ihre Amtszeit von zwei auf vier Jahre verlängert und zusätzliche Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen wer-

den. Auch die Beteiligungsrechte sollen fortentwickelt werden. Beispielsweise soll bei der Festlegung der regelmäßigen Arbeitszeit und bei Maßnahmen, die der Vereinbarkeit von Familie und Dienst dienen, die Möglichkeit der Mitbestimmung gegeben werden.

Nun berät das Parlament die Umsetzung des Gesetzes. Wir werden weiterhin über das Thema berichten.



SPITZENTREFFEN

Gespräch mit türkischem Oppositionsführer



Während seines Deutschlandbesuchs tauschten sich der Vorsitzende der türkischen CHP, Herr Kemal Kiliçdaroğlu, mit den stellvertretenden Vorsitzenden Selin Sayek Böke und Çetin Osman Budak, SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann und SPD-Außenpolitikern, darunter auch Michelle Müntefering, Vorsitzende der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe, über den aktuellen Stand der deutsch-türkischen Beziehungen aus.

KULTUR- UND BILDUNG

Diskussion in der Akademie der Künste



Über die Zukunft deutscher Schulen im Ausland diskutierte Michelle Müntefering (Mi.), Sprecherin für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, während einer Podiumsdiskussion in der Akademie der Künste. Die Einladung erfolgte vom Weltverband der Auslandsschulenteile. Deutschland hat in der ganzen Welt Auslandsschulen, die die deutsche Sprache lehren. Sie sind ein zentraler Baustein der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

FUSSBALL-LEIDENSCHAFT

Schalke-Legende Gerald Asamoah im Bundestag



Michelle Müntefering freute sich gemeinsam mit Schalke04 Kicker-Legende Gerald Asamoah über die offizielle Gründung des Vereins der „Kuppelknappen.“ Ins Leben gerufen hatte die Bundestagsabgeordnete den Verein bereits vor längere Zeit. Als Dank überreichte Gerald Asamoah Michelle Müntefering und den anderen Kuppelknappen das nigelnagelneue königsblaue Trikot mit der Aufschrift der „Kuppelknappen“ und eine Urkunde.

BESUCHE

Zu Gast bei Michelle Müntefering



Die Besuchergruppe des Heinz-Kühn-Bildungswerks begrüßte Michelle Müntefering in Berlin. An der Fahrt nahmen interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Herne teil, darunter auch die Mitglieder des Sozialverband Deutschland aus Herne.





JUGENDKREATIV-WETTBEWERB

Verleihung des Otto-Wels-Preises

Im Rahmen ihres Frühjahrsempfangs hat die SPD-Bundestagsfraktion die Gewinnerinnen und Gewinner des „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ ausgezeichnet. Mit diesem Preis zeichnet die SPD-Bundestagsfraktion junge Menschen aus, die sich in kreativer Weise mit der Frage nach der Zukunft Europas auseinandersetzen. Anliegen des Otto-Wels-Preises ist es, die Erinnerung an die Schrecken der Nazi-Herrschaft wachzuhalten und das Bewusstsein gerade auch der jungen Generation dafür zu schärfen, dass die Grundlagen unserer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Kulturen immer wieder erneuert und gefestigt werden müssen.

Zweitplatzierte Clea Kleffmann

Besonders freute sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Michelle Müntefering über den zweiten Platz von **Clea Kleffmann, Tochter von Olaf Kleffmann**, der zehn Jahre lang das Kinder- und Jugendparlament in Herne leitete. Beide fühlen sich dem Wahl-

kreis von Michelle Müntefering daher eng verbunden.

Clea Kleffmann begeisterte die Jury mit einer sehr lebendigen Rede. Hier richtet sich die junge Frau an das Europäische Parlament und möchte ein Band zwischen der europäischen Idee und der Jugend Europas spannen. Sie schlägt dem Europäischen Parlament vor, analog zu den EU-Gipfeltreffen EU-Workshop-Camps ins Leben zu rufen, um die Jugend Europas regelmäßig zu diesem wichtigen Anlass zusammenzubringen und die europäische Idee zu verbreiten. Auch der für die Recklinghäuserin zuständige SPD-Abgeordnete Frank Schwabe gratulierte Clea herzlich.

Unter dem Motto „Zukunft Europa(s)“ waren Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 20 Jahren aufgerufen, sich mit der Zukunft der europäischen Idee auseinanderzusetzen. Wählen konnten sie dabei zwischen drei Aufgabenstellungen: „Europa 2030“, „Die Faszination der europäischen Idee“ oder „Demokratie stärken“. Die jungen Preisträgerinnen und Preisträger erhielten Geldpreise,

die von den SPD-Abgeordneten gestiftet wurden.

Weitere Gewinner

Der erste Preis ging an Stefan Endeward für seine kritisch-reflektierte Kurzgeschichte zum Thema „Vereinigte Europäische Staaten“, den dritten Platz belegte Manuel Beh aus Gusterath für seine meinungsstarke Haltung gegen Rechtsextremismus.



Freuten sich beim Frühjahrsempfang bei der Verleihung des Otto-Wels-Preises gemeinsam über den 2. Platz von Clea Kleffmann (mi.). Olaf Kleffmann (li.) und Michelle Müntefering.



IMPRESSUM:

Michelle Müntefering , MdB

Michelle Müntefering
Platz der Republik 1
11011 Berlin
[030 / 22 77 31 34](tel:03022773134)
www.michelle-muentefering.de

Wahlkreis:
Bochumer Str. 26
44623 Herne
Telefon: 023 23/94 91 35
Fax: 023 23/94 91 16
E-Mail:
michelle.muentefering@bundestag.de

